

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postfachamt Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 152

Altensteig, Samstag den 3. Juli

1926

## Zur Lage.

Der Beginn des Hochsommers hat bisher enttäuscht. Nichts von Julihitze und Sonnenbrand, die so dringend notwendig wären für die Natur draußen, für die Arbeiten des Landmannes, für das von Regengüssen und Unwetterkatastrophen heimgesuchte deutsche Land. Ein Sommer vollen Reifeertrags und niederträchtiger Wetterlaunen mit ungezählten Millionen Schäden für Staat und Gemeinden, vor allem für die Landwirtschaft, scheint es zu werden. Die schwere wirtschaftliche Not, die auf allen Teilen des deutschen Volkes lastet, erfährt dadurch eine bittere Verschärfung.

In der letzten Woche beherrschte der Gesetzentwurf über die Fiskusabfindung die innere Politik des Reiches in vollem Maße und am gestrigen Freitag fiel im Reichstag endlich die Entscheidung. Nachdem die Sozialdemokratie und die deutschnationale Volkspartei die Erklärung abgegeben hatten, daß sie, aus ganz verschiedenen Gründen, das Abfindungsgesetz ablehnen und nachdem dadurch feststand, daß die nötige Zweidrittelmehrheit für das Gesetz nicht vorhanden ist, erklärte der Reichskanzler Dr. Marx, daß die Reichsregierung auf die Weiterberatung des Gesetzentwurfes keinen Wert mehr lege und den Gesetzentwurf zurückziehe. Er drückte das lebhafteste Bedauern der Regierung aus, daß der Reichstag nicht im Stande gewesen sei, die wichtige, das Volk aufregende Frage zu entscheiden. Auch die Mehrheit des Volkes wird es bedauern, daß der Reichstag einmal wieder vollständig versagt hat. Die Zurückziehung der Vorlage ist zweifellos der einstweilige beste Entscheid der Regierung. Dadurch wurde wenigstens eine Reichstagsauflösung vermieden. Die Lösung der Frage ist damit allerdings nur aufgeschoben.

Auch in Frankreich ist die innere Krise in vollem Gange. Es ist sogar damit zu rechnen, daß zu Beginn der neuen Woche, das eben erst zustande gekommene Kabinett Briand gestürzt wird oder zurücktritt. Die Aufnahme der französischen Regierungserklärung in der Kammer war kühl und das Echo in der Presse sehr unfreundlich. Unterdessen hat sich ein neuer Frankentanz vollzogen und da das Parlament die Schuldregelung mit Amerika nicht anerkennen will, ist die Krise akut. Briand und Caillaux haben bisher über ihr finanzielles Sanierungsprogramm so gut wie nichts mitgeteilt. Man weiß nur, daß beide demütigt sind mit Hilfe einer Londoner und einer Neuyorker Bank eine Stabilisierung des Franken zu erzielen. Die Gerüchte über ein Angebot der deutschen Reichsbank wurden demontiert. Immerhin besteht von Deutschland guter Wille, Frankreich zu helfen in der Bekämpfung seiner Währungsnot, denn nicht nur Frankreich wird vom Sinken des Franken empfindlich getroffen, auch die deutsch-französischen Handelsbeziehungen leiden darunter. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind aus diesen und aus politischen Gründen wieder einmal zum Stillstand verurteilt. Der geheime Schürer gegen das neue französische Kabinett Briand-Caillaux ist Poincaré. Sein Stern ist wieder im Aufsteigen und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß bei einem Sturz der Regierung im kommenden Woche er wieder als Retter Frankreichs in Erscheinung tritt. Poincaré bleibt der unersöhnliche hasserbelegte Gegner Deutschlands; davon hat er auch in seinen jüngsten Reden Zeugnis abgelegt.

Der deutsche Botschafter von Hoersch in Paris hat in dieser Woche einen neuen Schritt bei Briand unternommen, um eine Befähigungsminderung zu erreichen. Im Zusammenhang damit soll er ein finanzielles Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland zur Sprache gebracht haben. Da die Verhandlungen vertraulich waren, ist man auf Vermutungen angewiesen. Aber die Tatsache, daß von Hoersch nun nach Berlin gefahren ist, um Bericht zu erstatten, beweist, daß irgend etwas vorgeht. Die Verminderung der Befähigung ist ihm lange das Ziel deutscher Außenpolitik. Nach der Räumung der Kölner Zone und nach dem Abschluß der Locarno-Verträge ist keinerlei Erleichterung im noch befehten Gebiet eingetreten. Es wird sogar berichtet, daß z. B. die Pfalz früher denn früher belegt ist. Die Regierung muß dazu jede Gelegenheit ergreifen, um einen weiteren Schritt in der Befreiung Deutschlands zu erzielen.

In England ist das Ringen im Bergarbeiterstreik noch immer nicht beendet. Das Londoner Parlament hat den Achtsundentag für den Bergbau angenommen unter heftigem Protest seitens der Arbeiterpartei. Eine Lösung des Bergarbeiterkonfliktes wird dadurch nicht erleichtert. Die Bergarbeiter lassen sich eine Arbeitszeitverlängerung von sieben auf acht Stunden unter gleichzeitiger Herabsetzung des Lohnes ferner nicht gefallen. In Deutschland besteht allerdings auch die achtsündige Arbeitszeit im Bergbau, aber die Einfahrt und Ausfahrt im Bergwerk, die etwa 40 Minuten in Anspruch nimmt, ist davon abzuziehen. Mit der neuen Arbeitszeitregelung im Bergbau Englands wurden die sozialen Gegensätze verschärft.

In Spanien wächst die innere Unruhe. Eine revolutionäre Bewegung macht sich bemerkbar, die sich gegen die Monarchie richtet. Bisher hat der spanische Diktator Primo de Rivera die Ordnung aufrechterhalten. Unterdessen weilt der spanische König in Paris, entging glücklich einem Anschlag spanischer Anarchisten auf sein Leben und erhob dort den Anspruch Spaniens auf einen unabhängigen Ratsh. Während man in Paris nun die Vorbereitungen zum Empfang des Sultans von Marokko trifft, zu dessen Ehren am 14. Juli eine große Truppenschau veranstaltet wird, reist der spanische König Alfonso nach England weiter. Es werden bei diesen Monarchenbesuchen ganz in der Stille die großen politischen Fragen Europas besprochen und Lösungen angebahnt, die zweifellos für Deutschland nicht weniger bedeutungsvoll sind.

Das tägliche Verlagen aller Völkerverbundarbeit hat sich in dieser Woche in der Abrüstungskommission in Genf gezeigt, wo der französische Standpunkt durchdrang. Man wird nach dem Verlauf dieser Vorkonferenz nur mit geringen Hoffnungen der späteren Abrüstungskonferenz entgegengehen.

In Südslawien wuchs die Stimmung gegen Italien. Wahrscheinlich ist bekannt geworden, daß Italien für seine Haltung im türkisch-englischen Konflikt mit Gebieten in Dalmatien und Südslawien entschädigt werden sollte. So kam es in verschiedenen südslawischen Städten zu Demonstrationen gegen Italien, die gegen die Abmachungen der jerbischen Regierung mit Rom gerichtet waren. Daraus wurde das südslawische Parlament ebenfalls bis zum

Herbst vertagt, ohne daß diese Abmachungen ratifiziert worden wären.

In Portugal eignete sich General da Costa Diktaturvollmachten an und ließ die politischen Gefangenen nach den Azoreninseln verbannen.

Der Anschlag gegen den türkischen Diktator Kemal Pascha wurde jetzt gerichtlich verhandelt und dabei zahlreiche Militärs, die in den misglückten Staatsstreich verwickelt waren, zum Tode verurteilt.

In China kamen Wupeifu und Tschangtscholin zu einer Konferenz zusammen, die ergebnislos blieb, weshalb Kämpfe zwischen ihnen wieder begannen.

Verschiedene Vorgänge der letzten Tage und Wochen geben genügende Veranlassung über das Thema Deutschland und Polen einige Äußerungen zu machen, zumal der kürzlich ernannte polnische Außenminister Jaleski es für richtig gehalten hat, sofort nach seinem Amtsantritt über die deutsch-polnischen Beziehungen auf den ersten Blick recht festständig erscheinende Erklärungen abzugeben. Bei den Handelsvertragsverhandlungen bietet sich für Polen seit Monaten die Gelegenheit einzulernen. Hoffen wir, daß Polen, insbesondere das neue politische Regime in Warschau den günstigen Zeitpunkt nicht verpaßt, wo man in Deutschland zu einer Verständigung gelangt, die ja für Polen umso wichtiger sein muß, als jede wirtschaftliche Sanierung des am Boden liegenden Staatswesens nur möglich ist, wenn man vorher die Rechnung mit Deutschland ins Reine gebracht hat. Aber das ist auch unter den neuen Rändern bisher nicht geschehen.

## Die Fürstenvorlage im Reichstag gescheitert.

Zurückziehung des Gesetzes, Keine Reichstagsauflösung. Vertagung bis zum Herbst.

Berlin, 2. Juli.

Im Reichstag waren am Freitag Reichskanzler Dr. Marx, Dr. Stresemann, Dr. Kili und die anderen Mitglieder des Kabinetts am Regierungstisch.

Alle Tribünen sind überfüllt. Das Haus ist außerordentlich stark besucht. Die Fraktionen sind fast vollständig vertreten.

Präsident Ebbe eröffnet unter allgemeiner Spannung die Sitzung um 3.30 Uhr. Er kündigt, um allen vorliegenden Arbeitsstoff aufarbeiten zu können, eine Abendklausur an. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Fürstenvorlage.

Zunächst findet eine allgemeine Aussprache statt, in der als erster

Abg. Wels (Soz.) eine Erklärung abgibt: Die Versprechungen der Regierungsparteien vor dem Volksentscheid sind nicht gehalten worden. Sie haben unter dem Druck ihres rechten Flügel fast allen Verbesserungsvorschlägen der Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigert. Sie haben es insbesondere abgelehnt, die Auseinandersetzung unmittelbar durch ein Gesetz zu regeln, die Entscheidung vielmehr einem Gericht übertragen. Sie haben abgelehnt, die Richter des Sondergerichtes durch den Reichstag wählen zu lassen und dem Gesetz rückwirkende Kraft zu geben. Sie haben abgelehnt, bei der Trennung von Fürstentum und Staatseigentum dem Volk günstigere Grenzen festzusetzen. Aus diesen zwingenden Gründen lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Zustimmung zu dem Gesetz ab. Das Scheitern der Vorlage entbindet die Regierung und die Regierungsparteien nicht von ihren feierlichen Zusagen. Eine andere Lösung ist notwendig, die nach dem vollständigen Versagen dieses Reichstages nur von einem neuen Reichstag geschaffen werden kann. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert daher die sofortige Verlängerung des Sperrgesetzes und die Auflösung des Reichstages, damit das Volk entscheiden kann und damit der durch die anhaltenden Zollerhöhungen bedingte neue Anreiz auf die Lebenshaltung des schwerleidenden Volkes zurückgeschoben werden kann. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Graf von Westarp (Dn.) wird von den Kommunisten mit den Rufen: „Hüftenkack!“ empfangen. Drei Zwischenrufe werden zur Ordnung gerufen. Der Redner stellt dann fest, daß in den meisten Ländern die Auseinandersetzung mit den Fürsten auf dem Wege der privatrechtlichen Regelung in Gütigkeit gelöst worden ist. (Lachen und Widerspruch links.) Wenn der Abg. Wels behauptete, das unerhörte Verhalten der Fürstentümer habe die Regelung erschwert, so ist das eine Unwahrheit. (Großer Lärm und lärmliche Proteste bei den Sozialdemokraten.) In Preußen war die Lage besonders schwierig, trotzdem kam es zu einem Vergleich infolge des weitgehenden Entgegenkommens des Hohenzollernhauses. (Stürmisches Gelächter links und Rufe: Rüberbande!) Der preussische Vergleich hat die einstimmige Zustimmung des preussischen Staatsministeriums gefunden, auch der sozialdemokratischen Minister Braun und Seegering. (Hört, hört rechts.) III der bühliche Streit der letzten Monate hätte vermieden werden können, wenn die preussische Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu dem Wort der preussischen Regierung gestanden hätte. Die demokratische Partei hat durch ihr Verhalten nach einer reichsrechtlichen Regelung in die organische Entwicklung führend

eingegriffen und den Anstoß zu all der Bege und Aufregung des Volkes gegeben. (Zustimmung rechts, Widerspruch und empörende Gegenrufe bei den Demokraten.) Dadurch ist das Ansehen Deutschlands im Ausland schwer geschädigt worden. (Lärm links.) Der Redner erklärt, daß seine Fraktion auch gestern und heute noch dem Reichskanzler und den Regierungsparteien ihre Mitarbeit angeboten habe. Die Regierungsparteien hätten den Sozialdemokraten ein Entgegenkommen nach dem andern gezeigt. Nach Ablehnung ihrer Vorschläge werde seine Fraktion das Abfindungsgesetz ablehnen, ebenso das Sperrgesetz. Die preussische Regierung habe es in der Hand, mit dem früheren Königsbau zu einem Vergleich zu kommen. Der Redner wirft der Sozialdemokratie vor, daß es ihr nicht um Recht und Gerechtigkeit und um die Not des Volkes gehe, sondern nur darum, dem deutschen Volk den monarchischen Gedanken, der trotz allem fest verwurzelt sei, zu rauben. (Großer Lärm links.) Und der von Mostau betriebenen Revolution weiteren Vorschub zu leisten. Die Ereignisse der letzten Wochen mühten in der Auffassung befähigen, daß nur ohne und nur gegen die Sozialdemokratie in Deutschland regiert werden könne. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Darauf nahm sofort Reichskanzler Dr. Marx das Wort:

Da nach den Darlegungen der beiden Vorredner namens der beiden Fraktionenpartei feststeht, daß die beiden genannten Parteien das Gesetz in der Schlussabstimmung ablehnen werden, habe ich namens der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben: Die Reichsregierung lehnt auf die Weiterberatung des Gesetzentwurfes keinen Wert mehr und zieht den Gesetzentwurf zurück. Die Regierung steht sich zu ihrem lebhaftesten Bedauern der Tatsache gegenüber, daß der Reichstag bisher nicht imstande gewesen ist, die außerordentlich wichtige und das ganze Volk in allen seinen Teilen empfindlich getroffene Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern geschlechtsmäßig zu lösen. Sie erwartete auf das bestimmteste, daß der vorliegende Entwurf auf Grund der in ihm liegenden gewichtigen sachlichen Gründe doch schließlich mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden würde. Falls diese Erwartung infolge des Verhaltens nur einer der Fraktionenpartei nicht erfüllt hätte, hätte das Kabinett einstimmig beschlossen, vom Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu erbitten. Nachdem aber beide Fraktionenpartei gegen die Annahme des Gesetzentwurfes gestimmt haben, kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung mehr bringen. Das Kabinett hat ferner die Frage der Demission eingehend erörtert und war zu dem Entschluß gekommen, dem Herrn Reichspräsidenten die Hemter zur Verfügung zu stellen. Von diesem Entschluß hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf den ihr zugesagten dringenden Wunsch des Herrn Reichspräsidenten Abstand genommen, der aus außen- wie innenpolitischen Gründen einen Rücktritt der Reichsregierung für unantastlich erachtet. Die Reichsregierung kann ihrerseits die Initiative zur Regelung der Frage im Wege der ordentlichen Gesetzgebung nur dann wieder ergreifen, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen klar schaffte.

Der Präsident stellt fest, daß durch die Zurückziehung der Vorlage die Weiterberatung erledigt ist.

Ohne Aussprache wird hierauf die Vorlage auf Verlängerung des Sperrgesetzes zur Fälligkeit bis zum 31. Dezember 1926 in der 3. Beratung mit 338 gegen 17 Stimmen bei 97 Enthaltungen der Deutschnationalen angenommen. Dagegen stimmten nur die Völkischen.

Die Novelle zum Reichsmietengesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Sie enthält u. a. die Bestimmung, daß für bauliche Veränderungen, die nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Mieter vorgenommen werden und die den Gebrauchswert erhöhen, aber nicht Instandsetzungsarbeiten sind, vom Vermieter die zur Verzinsung und Tilgung des dazu erforderlichen Kapitals nötigen Beträge auf die Mieter umgelegt werden können.

### Die Zollvorlage angenommen

Mit Hilfe der Deutschnationalen

Berlin, 1. Juli. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages trat zur Fortsetzung der Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages zusammen. In der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache wies Abg. Dr. Bilsdorf (Soz.) darauf hin, daß die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien keinen Erfolg gehabt haben. Der Redner beantragte einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf, der die in Paragraph 6 der Zollvorlage vom 17. August 1925 festgelegten Lebensmittelzölle, die am 31. Juli d. Js. außer Kraft getreten sind, zunächst bis zum 1. Dezember 1926 verlängern will. Reichsernährungsminister Dr. Haselnde bezeichnete den sozialdemokratischen Entwurf als handels- und außenpolitischen Gründen als nicht tragbar für die Regierung. Abg. Dr. Zebr (Wirtsch. Soz.) wandte sich ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag. Ein Antrag der Regierungsparteien verlangte folgende Sätze für die Lebensmittelzölle: Roggen, Weizen und Soehls 5 Mk., Futtermittel 2 Mk., Hafer 5 Mk., Reis und Dori 3 Mk., 20 Fla., frisches Fleisch 21 Mk., Schweinespeck 14 Mk., Schmalz und schmalzartige Fette 6 Mk.

Bei den Lebensmittelzöllen wurde mit 17 gegen 9 Stimmen der kommunistische Antrag auf Zollfreiheit abgelehnt, mit 16 gegen 10 Stimmen der sozialdemokratische Antrag auf Fortbehalten der bisherigen Sätze bis zum 1. Dez. 1926. Der Antrag der Regierungsparteien über die neuen Sätze der Lebensmittelzölle wurden nach Ablehnung der sozialdemokratischen Ermäßigungsanträge mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen. Die neuen Sätze sollen vom 1. 8. bis zum 31. 12. 1926 gelten. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Zollfreiheit der zur Margarineherstellung notwendigen Fette, ein Antrag der Regierungsparteien einen Satz von 1,25 Mark. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen. Das Gesetzwörterbuch der Zolltarife und der deutsch-schwedische Handelsvertrag wurden dann in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen angenommen. Zur Frage der Getreidezollfreiheit wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents abgelehnt, nachdem ein Regierungsvertreter eine Einfuhrmenge von 1000 Tonnen monatlich ausgesetzt hatte.

### Neues vom Tage.

Das deutsch-niederländische Handelsabkommen

Haag, 2. Juli. Die zweite Kammer hat heute nachmittag mit 64 gegen 8 Stimmen den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des deutsch-niederländischen Handels- und Kreditabkommens vom 28. November 1925 angenommen.

Das bayerische Ermächtigungsgesetz

München, 2. Juli. Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages fand die Abstimmung über Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzentwurfes über die Staatsvereinfachung statt. Diese Artikel wurden mit den Stimmen der Koalitionsparteien und des Völkischen Blocks angenommen. Artikel 2 heißt bekanntlich eine Kürzung des Anteils der Gemeinden in der Umsatzsteuer um 16 Millionen Mark für das laufende Rechnungsjahr vor. Artikel 3 bestimmt, daß landwirtschaftliche Nutzungsgelände von der Entrichtung der Haussteuer frei werden. Sodann tritt man zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Hierbei enthielt sich der Völkische Block der Stimme, weil nach seiner Meinung die Frage, ob das Gesetz verfassungsändernd sei, noch nicht geklärt ist. Die Gesamtvorlage wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Verchiebung der Erhöhung der Biersteuer

Berlin, 2. Juli. In der Angelegenheit der Hinausschiebung der Biersteuererhöhung hat der Kommissar für die verpfändeten Einnahmen seine Einwilligung gegeben, daß die Erhöhung der Biersteuer auch weiterhin zunächst hinausgeschoben wird. Der formelle Abschluß einer Vereinbarung, über deren prinzipielle Grundlagen zwischen dem Kommissar und der Reichsfinanzverwaltung Einigkeit besteht, soll in den nächsten Wochen erfolgen.

Eröffnung der Ausstellung für Binnenschifffahrt

Basel, 2. Juli. Am Donnerstag wurde im Hause der Schweizerischen Rüstmesse in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem In- und Auslande und von mehr als 300 Vertretern der Presse aus nah und fern die internationale Ausstellung für Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung durch eine Rede des Präsidenten des Organisationskomitees, des Regierungsrates Dr. Reichert, eröffnet. Der Anpreisung schloß sich ein Rundgang durch die verschiedenen Ausstellungshäuser, die mit wenigen Ausnahmen vollendet sind, an. Die deutsch-Abteilung nimmt den größten Raum ein und zeichnet sich durch Reichhaltigkeit aus.

Wupeifu zieht gegen Kanton

Peking, 2. Juli. Nach Nachrichten aus chinesischer Quelle soll Wupeifu die notwendigen Befehle über die geplante Unternehmung gegen Kanton bereits erteilt haben. Studententumgebungen gegen den italienisch-jugoslawischen Vertrag

Graz, 3. Juli. Wie der „Tagespost“ aus Agram berichtet wird, fanden dort vorgestern Demonstrationen gegen die letzten italienisch-jugoslawischen Verträge statt.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 3. Juli 1926.

Das bevorstehende Kinderfest in Altensteig wird bei den Kindern nicht seine Schatten, sondern seine Freudenstrahlen voraus. Die Jugend ist in erwartungsvoller Stimmung. Schon das Eintreffen der Karussell war ein großes Ereignis und eine erhebliche Vorfreude. Die Herichtung des Festplatzes und die Säuberung desselben (die übrigens öfter vorzunehmen kein Fehler wäre) wird mit Aufmerksamkeit und Genugtuung als ein Zeichen des nahenden Festtages verfolgt. Mit allem Ernst, der den Ernst, mit dem man an die Schulaufgaben herantritt, bedeutend in den Schatten stellt, geht man zu den Proben von Reigen und Aufführungen. Im Sockbühnen sieht man fleißig üben und im Klettern, in welchem unsere Jugend ohnedies Erprobungsfähigkeit leistet, wovon manche Tanne des Waldes erzählen könnte, sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. So naht der Tag des Altensteiger Kinderfestes und zeigt, daß die Vorfreude kein geringer Teil des Festes selbst ist. Hoffentlich hat der Himmel ein Einsehen und spendet am Montag Sonnenschein, denn schon haben die Kinder festgestellt, daß an dem Tag, auf den das Kinderfest eigentlich festgesetzt war, der Himmel ein freundliches Gesicht machte. Möge er es auch am Montag tun!

Neue Zinsätze bei der Stadt. Sparkasse. Ab 1. Juli wurden die Habenzinsen um 1%, die Sollzinsätze um 2% ermäßigt, so daß wiederum eine Verringerung der Zinsspanne eintritt. Die Darlehen- und Kreditzinsen betragen jetzt 10% netto pro Jahr und dürften in nächster Zeit noch eine weitere Senkung erfahren.

Gemeinderatsitzung vom 1. Juli; entschuldigt Kaltbach. Eine Reihe minderwichtiger Gegenstände kommt zunächst zur Erledigung. — Hinsichtlich der Waldbeerernte wird für die Stadtwaldungen bestimmt, daß das Sammeln vor 13. Juli verboten ist. Im Uebrigen wird der Enzwald und Hagwald freigegeben, während das Sammeln in den übrigen Stadtwaldungen Auswärtigen untersagt, also ausschließlich Altensteigern vorbehalten ist. — Der Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Aufwertung der Stadtanleihen. Es ist dies ein Fragekomplex, der nur durch Aufstellung und Durchführung genereller Grundsätze einer befriedigenden und unparteiischen Lösung zugeführt werden kann. Diese Grundsätze wurden von dem damit betrauten Gemeinderat Maß ausgearbeitet, von der Aufwertungskommission vorbehandelt und heute von Stadtpfleger Wizenmaier dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreitet. Stadtpfleger Wizenmaier führte dabei aus, daß er persönlich eine wesentlich höhere Aufwertung für angezeigt halten würde, daß er aber in Anbetracht der Boranschlagsergebnisse vom Standpunkt der Gemeindeverwaltung aus lagen müsse, daß die Vorschläge das Äußerste enthalten, was sich die Stadt gegenwärtig leisten könne. Nach eingehender Beratung stimmte der Gemeinderat folgender grundsätzlicher Regelung zu:

1. die ab 15. Juni 1922 mit oder ohne Vorbehalt heimbezahlten Privateinleihen werden mit 20 Prozent,
2. die im Jahre 1920, 1921 und bis 15. Juni 1922 mit oder ohne Vorbehalt heimbezahlten Privateinleihen, sowie die im Jahre 1923 getilgten Darlehensforderungen öffentlicher Kassen (Stadt, Sparkasse hier, Landesparkasse Stuttgart, Landesversicherungsanstalt, Allgemeine Rentenanstalt) werden mit 12 1/2 Prozent des Goldmarkwertes aufgemindert. (Zu 1 und 2 ist zu bemerken, daß alle Schulden der Stadt spätestens im Jahre 1923 heimbezahlt wurden und daß gesetzliche Aufwertungspflicht infolge Vorbehalts nur bei wenigen Posten bestehen würde.)
3. Kaufpreisschuldigkeiten nach Treu und Glauben und billigem Ermessen aufzuwerten,
4. Bei Kaufpreissforderungen aus den Jahren 1922 und 1923, die aus öffentlicher Versteigerung herrühren, den Goldmarkdifferenzbetrag, d. h. die Differenz zwischen dem Wert beim Entstehen der Forderung und dem Wert bei der Bezahlung mit 100 Prozent in Anrechnung zu bringen, wobei diejenigen Beträge, die innerhalb vier Wochen nach der Versteigerung bezahlt wurden, zu dem am Versteigerungstag maßgebenden Kurs angerechnet werden.
5. Die Aufwertung einiger Baupfandkaufpreissforderungen bis zur weiteren Klärung zurückzustellen.

Die ohne gesetzlichen Zwang, lediglich auf Grund sittlicher und moralischer Pflicht vorgenommene Aufwertung heimbezogener Anleihen, bei denen ein Vorbehalt nicht erkennbar war, erfolgt mit der Maßgabe, daß damit eine rechtliche Verpflichtung zur Aufwertung nicht anerkannt wird, also eine evtl. noch kommende Erhöhung des Aufwertungsmaßes für diese Fälle nicht in Betracht kommen kann. Das Fazit dieses Beschlusses ist, daß zu Ziffer 1 die Aufwertung bei rund 103 000 Goldmarkschulden RM. 17 000, zu Ziffer 2 die Aufwertung bei rund 434 000 Goldmarkschulden RM. 53 000 beträgt. Die Aufwertung der zum Teil erst im Laufe von 1 1/2 Jahren getilgten Kaufpreisschuldigkeit an Frau Blumenwirt Pfeifle Witwe hier erfolgt in der Weise, daß der Friedenswert festgestellt wird, die in Goldmark bewirkten, oder von der Verkäuferin als Goldmarkheimzahlung verwerteten Zahlungen hieran abgezogen werden und der sich ergebende Rest mit 75 Prozent aufgewertet wird. Frau Pfeifle erhält hiernach eine Aufwertung von RM. 4 500. Rechnet man die Aufwertungsverpflichtungen der Stadt nun zusammen und berücksichtigt man dabei noch die fällige Aufwertungs-schuld, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von rund 95 000 RM. Dienen Aufwertungsverpflichtungen stehen einschließlich der aus Aufwertungen von Reichs- und Staatspapieren,

Handbriefen etc. zu erwartenden Beträge Aufwertungsverpflichtungen von ca. 27 000 RM. gegenüber, jedoch die Nettoaufwertungsverpflichtung der Stadt ca. 68 000 RM. beträgt. Die in Auswirkung des gefassten Beschlusses entstehenden Schuldverbindlichkeiten werden vom 1. Januar 1926 an mit 5 Prozent verzinst. Der Zins wird halbjährlich, bei kleinen Beträgen jährlich, jeweils bei Verfall und nicht erst, wie im Anleiheablosungsgezet vorgesehen, bei Fälligkeit der Ablösungsschuld bezahlt. Die Forderungen der Privatgläubiger, sowie der öffentlichen Gläubiger, soweit Vorbehalt gemacht ist, sind in 20jähriger Tilgungsfrist abzutragen, wobei kleinere Forderungen bevorzugt oder auf Wunsch bedürftiger Gläubiger sofort zu tilgen sind. Die freiwillig aufgewerteten Forderungen öffentlicher Anstalten sollen erst in Anrechnung an den bestehenden Schulden tilgungsplan zurückbezahlt werden. — Damit hat die Stadtgemeinde eine Regelung vorgenommen, die sehr über die gefehrmäßige Verpflichtung hinausgeht, aber billigem Ermessen und einer sittlichen Pflicht entspricht. Wz.

Zur Gerstenzollfrage. Bei der gegenwärtig in Flug befindlichen Regelung der Uebergangszölle für landw. Erzeugnisse spielt der Gerstenzoll eine besondere Rolle. Bei dem Kriege betrug der autonome Zoll für Braugerste M. 7, der Vertragszoll M. 4. Futtergerste ging pro Doppelzentner zu M. 1,30 ein. Es bestand also eine sogenannte Differenzierung des Gerstenzolls, das ist eine unterschiedliche zollpolitische Behandlung der Brau- und Futtergerste bei der Einfuhr nach Deutschland. Bei der Zollregelung am 17. August 1925 wurde der autonome Zoll für Braugerste auf M. 3, der Futtergerstenzoll (Gerste zur Viehfütterung unter Zollsicherung) auf M. 1 pro Doppelzentner festgesetzt. Diese Sätze waren als Uebergangssätze mit Wirkung bis zum 31. Juli 1926 gedacht. In deutsch-schwedischen Handelsvertrag ist die Differenzierung des Gerstenzolls unterblieben und für Gerste überhaupt ein Zoll von M. 5 pro Doppelzentner festgelegt worden. Damit war der Stein des Anstoßes gegeben. Gegenwärtige Forderungen wurden laut, die Einheitszoll, die Differenzierung. Unter entsprechenden Voraussetzungen hat jede Forderung etwas für sich. Im ersten Fall liegt eine Rechtfertigung vor, wenn der autonome Zollsatz bedeutend niedriger als M. 7 liegen soll und umgekehrt im anderen Fall. Die Reichsregierung und die Regierungsparteien haben sich bereits für eine Differenzierung des Gerstenzolls ausgesprochen. Es müßte daher für Braugerste der alte autonome Satz zur Geltung kommen, und der Futtergerstenzoll mindestens die Höhe haben, daß eine übertriebene Futtergersteneinfuhr nicht möglich und damit der inländische Futtergerstenaubau, wie auch der Roggen- und Kartoffelanbau nicht ruiniert werden. Der Futtergerstenzoll muß zu den Zollsätzen für tierische Produkte in einem solchen Verhältnis stehen, daß die inländische Veredelungsproduktion rentabel bleibt.

Ragold. Der Reichsausschuss für Leibesübungen in Ragold, der erst vor einigen Monaten unter Beteiligung sämtlicher Leibesübungen und Jugendpflege treibenden Vereinen zusammen getreten ist, hat heute und morgen zum ersten Mal unter Veranstaltung größerer Stills vor die Öffentlichkeit. Siehe Bekanntgabe im Anzeigenteil.

Yrendenstadt, 2. Juli. (Der Ausbau der Murgtalbahn geübert) Wie der „Grenzler“ von maßgebender Seite erfährt, haben weitere Verhandlungen in der Frage des Ausbaus der Murgtalbahn stattgefunden. Es besteht nunmehr begründete Aussicht, daß mit dem Ausbau der noch fehlenden Strecke durch die Reichsbahndirektion von Stuttgart noch in diesem Jahr begonnen wird.

Mittelal, 1. Juli. (Todesfall.) Heute früh um 6 Uhr verschied nach langem Leiden im Alter von erst 39 Jahren Herr Paul Klumpp, Lammwirt. Seit 1919 war der so früh Entschlafene Mitteilhaber der Firma Klumpp und Möhrle.

Schwann, 2. Juli. Der Militärverein Schwann feiert am 4. Juli sein 40jähriges Jubiläum, verbunden mit Preischießen und Einweihung der Schießbahn, wozu Freunde des Schießsports, besonders auch die Kameraden der Nachbarvereine eingeladen werden.

Alpirsbach, 1. Juli. (Brandfall.) Heute in der Morgenfrühe, etwa um halb 4 Uhr, brach in dem Hause des Schlossermeisters Karl Guhl Feuer aus, dem der ganze Dachstuhl zum Opfer fiel, während das erste Stockwerk sehr starken Schaden erlitten hat. Das Mobiliar konnte fast ausschließlich gerettet werden. Es ist dies seit über zwei Jahren der erste Brandfall in der Stadt.

Alpirsbach, 1. Juli. Die Beratung des Boranschlags der Stadtpflege für 1926 ergab die wenig angenehme Tatsache, daß aus den Jahren 1924 und 1925 noch eine Mehrausgabe von 40 000 Mark sich herausstellte, die ungedeckt ist. Sie führte zu dem Beschluß, daß die Stadtpflege künftig alle Vierteljahr die Rechnungsergebnisse vorlegt, um sie mit den Ziffern des Boranschlags in Vergleich zu bringen. Der Boranschlag ergab einen Abmangel von 80 884 Mark. Es wird eine Umlage von 12 Prozent erhoben. Die Schulden belaufen sich auf 52 000 Mark. Der Wald ergibt eine Reineinnahme von 28 000 Mark. Der Bürgernutzen wird in dem Betrag von 10 Mark ausbezahlt. Sitzungsgelder erhalten die Gemeinderäte keine mehr. In der Aushebung der Wohnungszwangswirtschaft, deren Geschäfte jetzt auf dem Rathaus wahrgenommen werden, konnte sich der Gemeinderat nicht entschließen.

Stuttgart, 2. Juli. (Stenographische Tagung.) Der Württ. Stenographenverband „Gabelsberger“, der seit Herbst 1925 die Deutsche Einheitskurzschrift pflegt, hielt im Beisein des Vorsitzenden des Deutschen Stenographenbundes „Gabelsberger“, Regierungsrat Dr. Hauert-Dresden, seine diesjährige ordentliche Vertreterversammlung im Bahnhofs-  
turm ab.



**Städtische Aufwertung.** Der Gemeinderat beschloß die Guthaben bei der Städtischen Sparkasse auf 20 Prozent aufzuwerten. In Frage kommen etwa 150 000 Mitsparer mit 50 Millionen Goldmarkforderungen. Die Rücklagen der Sparkasse betragen 13 Millionen. Abhebungen der Sparer nach dem 15. Juni 1922 sollen nach den Maßzahlen des Aufwertungsgegesetzes umgerechnet werden, woraus sich für die Beteiligten erhebliche Vorteile ergeben. Ferner sollen die Deposteneinlagen, sowie Zeichnungen der Sparer zu Kriegsanleihen, ebenso Uebertragungen von Sparfahrguthaben auf Angehörige und nahe Verwandte gleich behandelt werden. Minderbemittelte Sparer, alle über 60 Jahre alte Sparer und Mindernde des Jugendamtes erhalten sofort 10 Prozent ihres Guthabens, höchstens 100 Mark pro Person.

**Sachmang, 2. Juli.** (Tunneltgewölbe-Einsturz.) Bei den schon seit einem Jahr dauernden Umbauarbeiten am Tunnel kurz vor der Station Gaidorf ist heute morgen gegen 3 Uhr ein Einsturz des Gewölbes erfolgt. Zwei Arbeiter werden vermisst. Sie sind vermutlich tödlich verunglückt. Der Verkehr mußte zwischen Gaidorf und Zischenberg bezw. Mittelrot durch Autos aufrecht erhalten werden.

**Gmünd, 2. Juli.** (Aufwertung der städtischen Anleihen.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats schlug Stadtpfleger Grieser vor, sämtliche Anleihen und Schulden der Stadt aufzuwerten und zwar Mittelfuß (bis 30. Juni 1922) mit 12,5 Prozent und Reubeuß mit 10 Prozent. Bei Bedürftigkeit wird die Stadtpflege ermächtigt, 15 Prozent aufzuwerten. Diese Aufwertungsbeträge sollen bis 31. Oktober d. J. ausnahmslos bar abgefunden werden.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Meineid — Den Bruder getötet**

**Stattgart, 1. Juli.** Das Schwurgericht hat den 22 Jahre alten ledigen Schreiner Ernst Durnaus von hier, der zu Gunsten seiner Frau in einem Verleumdungsprozeß unter Eid falsche Aussagen gemacht hatte, wegen Meineids unter Jubiläumsmildern der Umstände zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Schwurgericht hat ferner den 30 Jahre alten Hilfsarbeiter Rudolf Kern von Gaidorf, der am 11. April ds. J. seinen Halbbruder, den 42 Jahre alten Betriebsbeamten Oskar Kern, der mit der Frau des Angeklagten in unerlaubten Beziehungen gestanden war, durch 6 Revolvergeschüsse im Streit getötet hatte, von der Anklage des Totschlags freigesprochen, dagegen wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Der Staatsanwalt hatte wegen Totschlags 3 Jahre Gefängnis beantragt. Das Gericht hat ausserdem des Angeklagten Verteidigung in Notwehr angenommen.

**Handel und Verkehr.**

**Börsen**

**Eintrittssteuer Börsen vom 2. Juli.** Die Dauschebewegung dauerte noch an. Am Schluß der Börse war eine leichte Abwärtsbewegung zu bemerken. **Berliner Börse vom 2. Juli.** Durch die hoffnungslosere Beurteilung der innenpolitischen Lage und die Erwartung, daß die bevorstehende Reichstagsauflösung vermieden werden kann, war ein wesentlicher Grundmangel, der zu dem gehrigen empfindlichen Rückgang der Börsenbewegung beigetragen hat. Die Folge davon war eine bemerkenswerte feste Haltung der Börse, wobei bei einzelnen Kapiteln der ganze u. a. ein Teil des gestrigen Verlustes wieder bereinigt wurde. Namentlich am Rentenmarkt machten sich die Erholungen, die im Durchschnitt 1-3 Prozent, mehrfach auch 4 und 5 Prozent und zeitweilig darüber betrugen. Am Rentenmarkt erhielt sich das Kaufinteresse für Kriegsanleihen. Am Geldmarkt hat die Nachfrage nachbalden und die Marktlücke beinahe allmählich eingespart. Tagesgeld bedang 5-7,5 Prozent. Am Devisenmarkt machte im Einklange mit der abermaligen internationalen Verschlechterung der Brantennungen die Abwärtsbewegung für Brüssel und Paris um 26 bzw. 11 1/2 Prozentpunkte. **Wald** **Walden** war 21 1/2 niedriger.

**Beste Nachrichten.**

**Zu der Zurückziehung des Fürstengegesetzes**

**Berlin, 3. Juli.** Der „Berliner Lokalanzeiger“ nennt den gestrigen Ausgang der Reichstagsberatung über den Gesetzesentwurf betreffend die vermögensrechtliche Auseinanderziehung mit den vormals regierenden Fürsten eine Niederlage nicht nur des Minderheitskabinetts Marx, sondern eine neue schwere Niederlage des parlamentarischen Systems.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt ihre Ausführungen in dem sie der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Parlamentsferien dem Gedanken einer wirklichen staatsbürgerlichen Staats-Volksgemeinschaft fördern mögen.

Die „Tägliche Rundschau“ zollt dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Dank dafür, daß er aus innen- und außenpolitischen Gründen es abgelehnt hat, der Auflösung des Reichstages oder dem Rücktritt der Reichsregierung zuzustimmen. Wir brauchen, so sagt das Blatt, weder eine Reichstagsauflösung, noch fortgesetzte Krisen. Das deutsche Parlament hat so viel an Autorität und Ansehen verloren, daß es um den Rest spielt, wenn diese Krisenmacherei noch häufiger Erfolg haben sollte, als es leider schon der Fall ist. Der Entschluß der Regierung, das Gesetz zurückzuziehen, wurde in den Wandelgängen des Reichstages gestern dahin ausgelegt, daß maßgebende Führer der Sozialdemokratie zu verstehen gegeben hätten, die sozialdemokratische Fraktion werde im Herbst bereit sein, das anzunehmen, was sie gestern abgelehnt habe. Wir wollen hoffen, daß dieses Kulissengerücht richtig ist.

**Abtuz eines Verkehrsflugzeuges**

**Prag, 2. Juli.** Ein gestern aus Strahburg abgestelltes Flugzeug der Luftfahrtgesellschaft Franco-Roumaine, das unterwegs in Nürnberg noch Reisende aufgenommen hatte, ist bei dem Dorfe Roshaupt abgestürzt. Fünf Personen wurden getötet und eine schwer verletzt. Einzelheiten, namentlich über die Persönlichkeiten der Verunglückten liegen bisher noch nicht vor.

**Prag, 3. Juli.** Zu dem Flugzeugabsturz bei Roshaupt wird noch gemeldet: Das Unglück ereignete sich zwischen 12 und 1 Uhr mittags. Der Pilot, sowie 4 Passagiere, darunter ein junges amerikanisches Ehepaar, das sich auf der Hochzeitsreise befand, waren sofort tot. Ein fünfter Reisender wurde schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

**Eine ganze Familie durch Veronal vergiftet**

**Jannabrad, 3. Juli.** Wie die „Neue Zeitung“ erfährt, hat sich vorgestern abend in Gnadenfeld eine zur Sommerfrische dort weilende Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern durch Veronal vergiftet. Das Ehepaar wurde heute nachmittag bewußtlos in sehr ernstem Zustande aufgefunden. Die beiden Kinder waren bereits tot. Ueber die Umstände, die zu der Tat geführt haben, ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Nach einer vorgefundenen Legitimation soll es sich um einen Versicherungsbeamten Gustav Gloß aus Schwarz handeln.

**Auflösung des kanadischen Parlaments**

**Ottawa, 3. Juli.** Premierminister Meighen, der erst in dieser Woche sein Amt angetreten hat, hat infolge der bereits gemeldeten Abstimmungs-niederlage der Regierung im Parlament dem Generalgouverneur die Auflösung des Parlaments vorgeschlagen. Der Generalgouverneur hat diesem Vorschlag entsprochen.

**Blünderungszug meuternder persischer Soldaten**

**Teheran, 3. Juli.** Die Soldaten der Garnison Salmas, 50 Meilen von Täbris, sind eigenmächtig nach Chai in Aherbeidshan marschiert, wo sie sich mit den dortigen Truppen vereinigt und zusammen mit ihnen nach Maku in der Nähe der türkisch-persischen Grenze zogen, um zu plündern. Von Täbris sind Truppen entsandt worden, um die Meuterei zu unterdrücken.

**Wettermäßiges Wetter für Sonntag**

Der Luftdruck über Süddeutschland ist unter der Einwirkung eines über Italien befindlichen Tiefdrucks zurückgegangen. Für Sonntag ist mehrfach bedecktes, aber nur vereinzelt regnerisches Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kleber'schen Buchdruckerei Altensteig.

**Bekanntmachung.**

Das Sammeln von Heidelbeeren vor dem 13. Juli und von Preiselbeeren vor dem 25. August ds. J. ist in den Stadtwaldungen nicht gestattet. Auswärtigen ist das Beeren sammeln in den vorderen Stadtwaldungen einschl. Riemen ganz verboten.

Bei Zuwiderhandlung erfolgt Bestrafung, auch werden die Beeren abgenommen.

Altensteig, den 3. Juli 1926.

Stadtschultheißenamt:  
H. B. Krappf.

Altensteig-Stadt.

**Die freiwilligen Invalidenversicherungs-Beiträge** für die Monate Mai und Juni sind am Montag, den 5. Juli 1926, vormittags 7-12 Uhr auf der Stadtpflege zu entrichten.

Stadtpflege.

Stadtgemeinde Nagold.

Der auf Montag, den 5. Juli ds. J. fallende



**Bieh- u. Schweinemarkt**

verbunden mit

**Frucht- und Wochenmarkt**

wird abgehalten.

Biehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse mitzubringen.

Zu regem Besuch ladet freundlichst ein

Nagold, den 1. Juli 1926

Stadtschultheißenamt: Maier.

**Wunder-Balsam**

Wirklich  
ist u. bleibt  
der Beste.

Wiederholte  
Anwendungen  
führen zur  
Beseitigung  
des Schmerzes  
in  
wenigen  
Tagen.  
In den Apotheken  
zu Altensteig,  
Nagold, Plätz-  
grabenweiler.

Ich habe einen neuen,  
eisernen

**Schiebkarren**

mit Rollen billig abgegeben  
Hensler, Eisenhandlung,  
Altensteig.

Simmersfeld.

Ein starkes

**Säuer-  
schwein**

verkauft  
Waldsch, Schneider.

Berneck, den 2. Juli 1926.

**Bekanntmachung.**

**Das Sammeln von Heidelbeeren**

in den hiesigen Guts herrlichen und Gemeinbewaldungen ist für Auswärtige ganz, für Berneder vor dem 12. Juli ds. J. bei Strafe verboten. Zuwiderhandelnden werden die Beeren abgenommen.

Stadtschultheißenamt.

Freiherrliches Rentamt.

**Die monatliche Sprechstunde**

des Herrn Oberamtsarztes im Bezirkskrankenhaus Nagold findet diesmal ausnahmsweise am Montag, 12. Juli statt.

Tuberkulosenfürsorge.

Wir laden die Bevölkerung von Nagold und Umgebung zum zahlreichen Besuch nachfolgender Veranstaltungen ein:

**Samstag, den 3. Juli 1926, ab nachmittags 1 Uhr**  
auf dem Sportplatz an der Calwerstraße

**Reichsjugend-Wettkämpfe**

200 Teilnehmer

**Sonntag, den 4. Juli 1926: vorm. 1/2 9 Uhr:**

**Reigenfahren**

des Radfahrervereins Nagold in der Turnhalle

vormittags 11 Uhr:

**Stadtstaffettenlauf**

über 2000 m. Start und Ziel Vorstadt.

4 Mannschaften à 10 Mann

ab 2 Uhr nachmittags auf dem Sportplatz an der Calwerstraße **Massenfreilübungen**, vorgeführt von sämtl. Nagolder Schulen und Leibesübungen treibenden Vereinen, ca. 300 Teilnehmer.

Anschließend: **Reigenvorführungen, Rasenspiele wie Fußball, Schleuderball, Faustball, Grenzball, Turnvorführungen, Reigenfahren, Tanzstehen.**

**7 Uhr Preisverteilung.**

Änderungen vorbehalten.

**Ortsauschuss für Leibesübungen**

**und Jugendpflege Nagold.**

Ausführliche Programme, deren Erlös mit zur Deckung der Unkosten verwendet wird, sind auf dem Plage und bei Kaufmann Heller, Nagold zu haben.

Stadtgemeinde Berneck.

Am nächsten Dienstag, den 6. Juli findet hier der

**Bieh- Schweine- und Krämermarkt**

statt.

Zu zahlreichem Besuch wird freundlichst eingeladen.  
Stadtschultheißenamt.

Nichelberg.

**Das Beeren sammeln**

jeder Art, ist für Fremde in Gemeinde- sowie in den Privatwaldungen bei Strafe verboten, bemerkt wird, daß beim Betreten die Beeren abgenommen werden.

Der Gemeinderat.

**Lichtspiele**  
**GRÜNER BAUM**  
„Im Namen des Königs“  
**Dr. Jak**  
In der Hauptrolle: Harold Loyd.  
Anfangszeiten:  
**Samstag Abend 8.20 Uhr**  
**Sonntag nachm. 4.00 Uhr**  
**Sonntag Abend 8.20 Uhr**  
Preise der Plätze:  
I. Platz 1.- M., II. Platz 70 Pf., Kinder 30 Pf.  
Jugendliche haben Zutritt.  
**Altensteig**

Altensteig-Stadt.

# Kinderfest

## Montag, den 5. Juli ds. Jahres

2 Uhr: Zug der Schulkinder vom unteren Schulhaus durch die untere Stadt auf den Festplatz. Gemeinsamer Gesang. Festrede. Spiele der Kinder.

7 Uhr: Sammlung der Kinder zum Zug ans Schulhaus. Ansprache und Gesang.

Die Einwohnerschaft wird zur Teilnahme freundl. eingeladen.

Den 2. Juli 1926

Stadtschultheiß: A.-B. Krappf.

## Täglicher Autoverkehr

### Altensteig — Freudenstadt und zurück.

Der Unterzeichnete fährt täglich von Altensteig nach Freudenstadt und zurück, wobei jederzeit Gelegenheit gegeben ist

Güter aller Art nach Freudenstadt sowie für die an der Strecke gelegenen Ortschaften und Umgebung bei pünktlicher Bedienung u. billigstem Preis mitzugeben.

Aufträge in Freudenstadt nimmt Milchhandlung Sänge, in Altensteig Milchviehkühlanlage entgegen. (Sonstige Auskünfte erteilt jederzeit das Telefonamt Egenhausen).

**Haus Kirn,** Autovermietung, Egenhausen.

Altensteig.



## Saftpresse

von M 19.- bis M 48.-  
Messing-Einkochkessel  
Bohnen-schnitzler  
Bohnenhobel  
Bohnenständer  
Kettig- und Gurken-  
Höbel  
Kettigbohrer  
Kraut- u. Gemüsehöbel  
Heidelbeer-Raffeln  
empfehlen zu äußerst  
gestellten Preisen:

## Henssler

Eisenwarenhandlg.

### Kirchliche Nachrichten.

5. S. n. Dr., 4. Juli, Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über Röm. 3, 21-28: Wo bleibt der Ruhm? Lied: 1, 9. Nachher Kinder-gottesdienst. Nachmittags 1/2 2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. 2 Uhr Gemeinschaftskonferenz im Gemeindehaus.

Am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Bibelstunde im Luther-saal.

### Methodistengemeinde.

Sonntag, den 4. Juli 1926, vormittags 10 Uhr Predigt-gottesdienst, vormittags 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigt-gottesdienst.

Mittwoch, den 7. Juli 1926, abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

## Empfehle mich zur Anfertigung von Grabdenkmälern in Eichenholz

von der schlichten Form bis zur reichsten Ausführung, bei wetterfester Behandlung des Holzes, für den hiesigen Waldfriedhof besonders passend.

Habe verschiedene gediegene Modelle angefertigt und lade Interessenten zur Besichtigung

höflichst ein  
**A. Dieterle, Holzbildhauerei**

## Aufs Kinderfest

empfehle

### Stiefel

schwarz und braun

### Sandalen

versch. Ausführung

### Spangenschuhe

braun, schwarz u. Lackled.

### Schnürhalbschuhe

Turnschuhe mit Chrom- u. Gummisohl.

### Geräteschuhe

bei billigsten Preisen

## August Seeger

Schuhwarengeschäft  
Altensteig  
Telefon 63

Simmersfeld.

## Eindunstgläser

## Steinzeug

## Glas- und

## Porzellanwaren

empfehlen billigst

## E. Schach Witwe.

Jedes Quantum

## Heidel- Beeren

kauf  
Drezel, Bäder, Altensteig.

## Jung-Hühner

beste Leger, liefert  
Geflügelhof in Mergentheim P 20  
Umsätze frei,  
Wiedererläufer an all. Orten gesucht.

## Original Miele

Zentrifuge-Buttermaschine  
Die erfolgreichste Marke



## Mielewerke

Aktiengesellschaft  
Grösste Spezialfabrik Deutschlands

Gütersloh i. Westf.

Zweigfabrik Bielefeld

Mache die hiesigen u. auswärtigen Einwohner darauf aufmerksam, daß ich mit meiner

## Salon-Flotten-Schaukel

über Samstag, Sonntag und Montag in Egenhausen zum Kreierfest eingetroffen bin und auf dem Festplatz Aufstellung genommen habe.

Zu zahlreichem Besuche lade freundl. ein

Der Bes.: Wilh. Schwenold.

## Neo-Ballistol-Klever-Armeöl

D. A.-Pat. als Desinfizient Osterr. Pat.

für innerlichen Gebrauch von Mensch und Tier!

Desinfektion des gesamten Stutes und aller Organe: Magen, Verdauungstractus, Galle, Leber, Milz, Niere, Nieren, Sehnen, Altersbeschwerden usw., schnelles Wohlbestanden, ohne jegliche Nebenwirkung, in Kapseln je 1/2 Gr. 100 Stück M. 5.50, 50 Stück M. 3.-, bei 200 franko. — Geschmackslos. — Ballistol-Weltliteratur gratis und franko.

Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.

### Nagold.

Wenn

Sie einen Neubau ausstatten oder einen verbrauchten Ofen oder Herd ersetzen müssen, so besichtigen Sie zuvor unser großes Lager in

## Oefen u. Herden

Sie werden über die Reichhaltigkeit und Gediegenheit der Auswahl überrascht sein und leicht Ihre Auswahl treffen können.

Frühbezug und direkter Werksbezug in Ladung ermöglichen uns Ihnen äußerst günstige Preise zu stellen.

Fernruf 1 **Berg & Schmid** Fernruf 1

Der Wert der Presse als Reklamemittel ist zu allen Zeiten anerkannt worden. Von Franklin stammt der Ausspruch:

## Mein Sohn

mache Geschäfte mit Leuten, die inserieren; denn diese sind intelligent und Du wirst nie dabei verlieren.

Wertbeständige Spareinlagen und Depositen bei höchstmöglicher Verzinsung.

Provisionsfreier Scheck- u. Giroverkehr unentgeltliche Abgabe der erforderlichen Formulare.

Gewährung von Darlehen und Krediten; im Rahmen der verfügbaren Mittel.

Ankauf (Diskontierung) guter Waren-Wechsel.

Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren, Sorten und Devisen

## Städtische Sparkasse Altensteig.

Aufmerksame, verschwiegene Bedienung.

Bereitwillige Auskunftserteilung.

